



Beschluss

vom 9. Dezember 2003 Nr. 4050

Interpellationen

**Interpellation Gallus Kappler: Sind die Projektverantwortlichen der Eissportanlagen nicht eistauglich? und
Interpellation Stefan Braun, Robert Guggenbühl: Verzögerung Eissportanlage um ein Jahr; dringliche Beantwortung**

Die Bauverwaltung berichtet:

Im Grossen Gemeinderat sind am 18. November 2003 die beiden Interpellationen

- Gallus Kappler: „Sind die Projektverantwortlichen der Eissportanlagen nicht eistauglich“? und
- Stefan Braun und Robert Guggenbühl: „Verzögerung Eissportanlage um ein Jahr“

mit 41 bzw. 38 Mitunterzeichnenden eingereicht worden (vgl. Beilagen). Das Präsidium hat die Beantwortung der Interpellationen dringlich erklärt und auf die Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 9. Dezember 2003 festgelegt.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellationen wie folgt:

Im Bewilligungsverfahren für die neue Eissportanlage Lerchenfeld sind Verzögerungen entstanden, die im Folgenden näher erläutert werden und zu einer Verschiebung des Eröffnungstermins um ein Jahr führen. Diese Verzögerungen werden im Folgenden näher erläutert. Sie sind unerfreulich und für alle Betroffenen unangenehm und enttäuschend. Der Stadtrat bedauert diese Situation. Es ist aber zu hoffen, dass trotz der Verärgerung eine objektive Beurteilung der Situation möglich bleibt und die Verschiebung um ein Jahr in Anbetracht der Bedeutung der Eissportanlage für die kommenden Jahrzehnte richtig gewichtet wird. Es sollte eine grundsätzliche Übereinstimmung darin bestehen, dass für ein derart komplexes, aufwendiges und wichtiges Grossprojekt den Faktoren Qualität des Bauwerkes, Betriebsanforderungen und Kostensicherheit höchste Priorität zukommt.



Die Verschiebung der Eröffnung um ein Jahr wird zu einer Verlängerung des Provisoriums auf der Kreuzbleiche um eine dritte Saison führen. Dieses Provisorium hat für den allgemeinen Eislauf vor allem der Kinder und Jugendlichen eine recht grosse Beliebtheit erlangt. Gravierender ist die zeitliche Verschiebung hingegen für die Eissportvereine, die nun eine weitere Saison überbrücken müssen. Der Stadtrat ist sich der dadurch entstandenen schwierigen Situation für die Sportvereine und der Brisanz des Verschiebungsentscheides bewusst. Deshalb wurden alle denkbaren Alternativlösungen sehr eingehend untersucht und diskutiert. Die Verschiebung der Eröffnung der Anlage um ein Jahr ergab sich aber schliesslich als einzige realistische und vertretbare Möglichkeit.

Die Fragen der beiden Interpellationen sind teilweise identisch. Sie lassen sich in folgende Themen gliedern:

- Wahl des Kühlsystems
- Gründe für die Verzögerung
- Informationsablauf
- Bauablauf
- Kostensituation.

Die folgenden Ausführungen richten sich nach diesen Themen.

1 Wahl des Kühlsystems

Die Wahl des Kühlsystems für die neue Eissportanlage wurde in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 26. Februar 2002 und dann auch in der Botschaft an die Bürgerschaft eingehend erläutert. Dargestellt wurden sowohl die technisch möglichen Systeme wie auch deren Vor- und Nachteile. Dazu wurde in der Gemeinderatsvorlage u.a. Folgendes ausgeführt:

„Zur Zeit gibt es für den Betrieb von Kunsteisbahnen keine Anlagen zur Kälteerzeugung, welche überhaupt keine Umwelt- oder Sicherheitsrisiken in sich bergen. Ziel ist, die Menge schädlicher Stoffe zu reduzieren bzw. durch unschädliche zu ersetzen. Das giftige Ammoniak (NH_3) wird weiterhin, jedoch in geringeren Mengen als bisher, in den Kompressoren zur Kälteerzeugung eingesetzt. Als Kälteüberträger, welcher in einem Rohrsystem unter den Eisflächen zirkuliert, kann entweder Glycol, Kohlendioxid (CO_2) oder Ammoniak verwendet werden. Das AFU stellt dabei die beiden nicht toxischen Kälteüberträgermedien in den Vordergrund; nämlich Ethylenglykol oder druckverflüssigtes Kohlendioxid. Die energetisch besten Voraussetzungen aber bietet Ammoniak. Anlagen mit Kohlendioxid weisen einen um ca. 10 % höheren Energieverbrauch, jene mit Glykol einen um 25 % höheren auf. Für die Eishalle im Lerchenfeld wurde das Verfahren mit dem geringsten Energieverbrauch gewählt. Mit dem Entscheid für Ammoniak wird ein bewährtes technisches System mit mittleren Investitionskosten,



jedoch mit den tiefsten Betriebskosten gewählt. Hingegen ist das Bewilligungsverfahren aufwändiger als bei den beiden anderen Varianten, da derartige Anlagen der Störfallverordnung unterliegen.“

Diese Ausführungen zeigen, dass der Entscheid für Ammoniak vor allem aus Gründen der Energie- und Betriebskosten, aber auch im Hinblick auf die technische Bewährung dieses Systems gefällt wurde. Hingewiesen wurde aber auch auf das noch folgende Bewilligungsverfahren auf Grund der Störfallverordnung.

2 Gründe für die Verzögerung

Der Grosse Gemeinderat stimmte dem Neubau der Eissportanlage im Lerchenfeld am 11. Juni 2002 zu. Am 22. September 2002 entschied sich auch die Bürgerschaft für das Projekt – damit war der Weg für die noch nötige Detailprojektierung und für die Realisierung frei.

Mit den Vorbereitungen für das Bewilligungsverfahren und mit den technischen Detailabklärungen für den Baubeginn wurde bereits deutlich vor der politischen Beschlussfassung begonnen. Die Detailprojektierungen sind dabei bei einem derart komplexen Projekt von grosser Bedeutung für die folgenden möglichst reibungslosen Bauarbeiten und auch die Betriebsqualität und die Betriebssicherheit der Anlage. Sie dürfen nicht unterschätzt werden. Nach der Beschlussfassung des Grossen Gemeinderates über eine Bauvorlage muss das jeweilige Projekt immer noch im Detail weiterbearbeitet und zum Ausführungsprojekt entwickelt werden. Im vorliegenden Fall ist im Besonderen noch erschwerend ins Gewicht gefallen, dass während der Planungsarbeiten verschiedene personelle Wechsel beim beauftragten Architekturbüro zu wesentlichen Erschwernissen führten.

Von entscheidender Bedeutung in zeitlicher Hinsicht ist hingegen der Ablauf des Bewilligungsverfahrens. Aufgrund der Menge des benötigten Ammoniaks – wie im damaligen Projekt vorgesehen – ist das Verfahren der Störfallverordnung (StFV) anzuwenden. Zuständig für dieses Bewilligungsverfahren ist das kantonale Amt für Umweltschutz (AFU). Es war vorauszusehen, dass dieses besondere Verfahren zusätzlich zum üblichen Baubewilligungsverfahren zeitaufwendig werden kann. Deshalb wurden die Abklärungen nach Störfallverordnung sehr frühzeitig eingeleitet: Die erste Besprechung des Projektes mit dem AFU mit mündlicher Projekt- und Systemvorstellung fand am 18. März 2002 statt, also vor der Beschlussfassung des Grossen Gemeinderates und rund ein halbes Jahr vor der Volksabstimmung. Das AFU bezog damals keine Stellung. Hingegen war aus früheren Kontakten im Zu-



sammenhang mit der Verlängerung der Betriebsbewilligung klar, dass das AFU nicht toxische Kälte-trägermedien bevorzuge.

Am 15. August 2002 – also nach dem Beschluss des Stadtparlamentes, aber noch vor der Abstimmung - reichte die Stadt den erforderlichen Kurzbericht für das Bewilligungsverfahren ein. Nach langwierigen Verhandlungen und mehrmaliger zeitlicher Mahnung von Seiten der Stadt wies das AFU mit Verfügung vom 13. März 2003 den Bericht zur Ergänzung zurück. Hintergrund dieser Verfügung bildete eine grundsätzliche Meinungsdivergenz zwischen dem Hochbauamt als Vertreter der Stadt und dem AFU über die Wahl des Kälteverfahrens. Das AFU des Kantons St.Gallen bewilligt grundsätzlich nur „Zweikreisssysteme“ mit den Kälte-trägern Glycol oder Kohlendioxid (CO₂), obwohl in anderen Kantonen nach wie vor auch „Einkreisssysteme“ bewilligt werden (z.B. die neue Anlage Winterthur). Es begründet seine Haltung mit Sicherheitsüberlegungen. Demgegenüber waren für die ursprüngliche Absicht der Stadt beim Kältesystem neben den Sicherheitsaspekten auch die Energie- und Betriebskosten mitberücksichtigt.

Nach der – aufgrund der Vorgeschichte überraschenden – Verfügung des AFU kam die Stadt in eine schwierige Situation: Das im Projekt vorgesehene Einkreisystem mit dem Kälte-träger Ammoniak hätte nur mit einem Rekurs gegen das AFU und mit entsprechendem Risiko weiterverfolgt werden können, einem Verfahren mit unsicherem Ausgang und unabsehbaren zeitlichen und finanziellen Folgen. Deshalb beschloss der Stadtrat am 25. März 2003 den Bedenken des AFU zu entsprechen, das Projekt zu überarbeiten und die Planung auf der Basis eines „Zweikreisystems“ weiterzuführen.

Die Baubewilligung für das Eisstadion unterliegt dem kantonalen Gesetz für die Verfahrenskoordination, deshalb sind alle Verfahren zur Bewilligung auch zeitlich zu koordinieren. Dies führte dazu, dass bis zur Bewilligung des AFU für das schliesslich gewählte neue „Zweikreisverfahren“ auch keine Baubewilligung erteilt werden konnte und das ganze Vorhaben blockiert blieb. Das Baubewilligungsverfahren konnte erst im Zuge des Wechsels zum „Zweikreisystem“ weitergeführt werden. Als sich die neue Systemlösung abzeichnete, wurden unverzüglich die Abbrucharbeiten vorbereitet. Im Regelfall ist die Abbruchbewilligung Teil der Baubewilligung. Um Zeit zu gewinnen, wurde aber am 24. Februar 2003 ein separates Gesuch zum Abbruch der Kunsteisbahn eingereicht, das unabhängig und in städtischer Kompetenz beurteilt und am 27. März 2003 bewilligt worden war, anschliessend wurde vorzeitig mit diesen Arbeiten begonnen. Nach der Bereinigung der Differenzen mit dem AFU konnten die Projektierungsarbeiten und das Baubewilligungsverfahren abgeschlossen werden, am 11. Juli 2003 wurde dann die Baubewilligung für die gesamte neue Anlage erteilt.



Während der Monate zuvor, parallel zu den vorgezogen bewilligten Abbrucharbeiten, hatten die Projektgrundlagen im Bereich der technischen Räume umfassend überarbeitet werden müssen, dies als Folge des Wechsels in der Kältetechnik. Um aus der neuen Situation auch einen Nutzen zu ziehen, entschied sich die Projektleitung zur Auslagerung der Kälteanlage in den Annexbau. Damit werden die Anlageteile, die noch Ammoniak enthalten, von den Publikumsbereichen konsequent getrennt, was die Sicherheit zusätzlich erhöht.

Die dadurch in der Eishalle frei gewordene Fläche wird für die Anordnung von zusätzlichem Garderobenraum genutzt. So kann neu der Heimmannschaft des EHC St.Gallen eine eigene Clubgarderobe zur Verfügung gestellt werden. Für den Eiskunstlauf konnte ebenfalls eine Garderobe mit separater Dusche geschaffen werden. Sie liegt an der Nahtstelle zwischen dem Innen- und Ausseneisfeld und dient während des Sommer-/Badbetriebs als zusätzliche Garderobe für Familien oder Gruppen.

3 Informationsablauf

Nachdem die ablehnende Haltung des AFU in Bezug auf das „Einkreisssystem“ mit dem Kälte-träger Ammoniak am 13. März 2003 feststand, wurde der Stadtrat am 25. März 2003 über die Situation orientiert. Der Stadtrat musste entscheiden, ob die entsprechende Verfügung des AFU akzeptiert oder aber mit rechtlichen Mitteln angefochten werden sollte. Nach einer sorgfältigen Abwägung verzichtete dann der Stadtrat auf den Rechtsweg; dabei spielten die mit einem Rechtsverfahren verbundenen auch zeitlichen Risiken eine zentrale Rolle. Bereits aufgrund der dargestellten Differenzen mit dem AFU, aber auch aufgrund der nun nach dem Systemwechsel nötigen Projektänderungen kam es im Terminprogramm zu Verzögerungen gegenüber der ursprünglichen Planung. Ein Rekurs- und Beschwerdeverfahren mit ungewissem Ausgang wäre mit nochmaligen und gravierenderen Zeitverlusten verbunden gewesen.

Schwierigkeiten bei den sehr komplexen Terminprogrammen sind allerdings bei grossen Bauvorhaben immer wieder zu bewältigen, oftmals können Verzögerungen aufgrund unvorhergesehener Probleme durch günstige Verhältnisse in anderen Teilen des Bauablaufes wieder aufgeholt werden. Die Baufachleute wissen, dass bei Grossbaustellen ständige Terminoptimierungen und Terminnachführungen zur Tagesordnung gehören. Im Falle der Eishalle bestand bis im Oktober 2003 die Möglichkeit und die Hoffnung, die Verspätungen aufholen und den ursprünglichen Eröffnungstermin doch noch einhalten zu können. So orientierte die Vorsteherin der Bauverwaltung an der Grundsteinlegung vom 28. August 2003 über Terminprobleme, allerdings noch ohne eine Verschiebung der Eröffnung ankündigen zu müssen. Erst der Abschluss der Projektüberarbeitung im Oktober und die mit diesen neuen Grundlagen mögliche Überarbeitung der Terminplanung zeigte dann, dass eine Verschiebung unumgänglich wird.



Die Baukommission des Grossen Gemeinderates wurde am 13. Februar 2003 und am 22. April 2003 über die Probleme mit der Bewilligung des Kältesystems orientiert. Nach der definitiven Terminplanung und Projektüberarbeitung im Oktober 2003 stand die Verschiebung des Eröffnungstermins definitiv fest. Anfang November 2003 erhielt ein Vertreter der Sportvereine an einer Sitzung davon Kenntnis, vorgesehen war dann, im Laufe des Novembers den Stadtrat und auch die Baukommission zu orientieren. Offensichtlich waren aber die Medien schneller im Besitz von Informationen; dies führte zum Presseartikel Anfang November mit der Bekanntgabe der Verschiebung des Eröffnungstermins. Unmittelbar danach wurden die Vereine durch das Sportamt schriftlich informiert, der Stadtrat nahm an seiner nächsten Sitzung mit einer Medienmitteilung Stellung. Dieser Informationsablauf mit einer Veröffentlichung in den Medien vor der Orientierung der Betroffenen und der Behörden ist selbstverständlich auch für den Stadtrat unbefriedigend, ist aber nicht zuletzt die Folge davon, dass die von der Verschiebung Betroffenen so schnell wie möglich orientiert wurden.

4 Bauablauf

Die neue Eissportanlage wird in Sichtbeton erstellt. Mit Ausnahme der Fassadenverkleidung, die aus vorgefertigten Elementen besteht, werden alle Bauteile vor Ort gegossen. In den Beton integriert sind auch die Heizleitungen (Bauteilheizungen). Die Bauabläufe können bei der gewählten Bauweise nicht massgeblich beschleunigt werden und sind zudem temperatur- und wetterabhängig. Die gewählte Art der Ausführung und Materialisierung der Bauten ist untrennbar mit der im Wettbewerbsverfahren ausgewählten architektonischen Idee verbunden.

Die immer wieder aufgeführten Vergleiche mit anderen Anlagen (Winterthur, Chur etc.) sind untauglich, weil nebst der völlig anderen Bautechnik mit viel Vorfabrikation vor allem die Abläufe zur öffentlichen Beschaffung nicht vergleichbar sind. Die Vorschriften und Vorgänge im öffentlichen Beschaffungswesen sind u.a. sehr zeit- und arbeitsaufwendig und führen dazu, dass die entsprechenden Abläufe keinesfalls mit privaten Projekten oder mit Totalunternehmern wie in Winterthur verglichen werden können.

Die Anlage wird frühestens im Februar 2005 fertiggestellt sein. Eine Eröffnung zu diesem Zeitpunkt für den Rest der Saison macht keinen Sinn. Eine noch frühere Eröffnung zum gewünschten vorgezogenen Zeitpunkt würde eine provisorische Installation im „Rohbau“ der Eishalle nötig machen. Unter dem Aspekt der Sicherheit ist ein Betrieb in einer laufenden Baustelle nicht verantwortbar. Der Aufwand für Provisorien wäre ausserdem grösser als auf der Kreuzbleiche, die damit verbundenen Einschränkungen für die Nutzenden einschneidender.



Eine Beschleunigung der Bauarbeiten wäre nur möglich mit Inkaufnahme wesentlicher Projektänderungen, mit höheren Risiken für die Qualität und die Sicherheit und zweifelsohne mit massiven Folgen für die Baukosten. Solche Konsequenzen können nicht in Kauf genommen werden. Zur Kostensicherheit trägt im Übrigen auch die zwingende – und besonders von der GPK auch verlangte – Praxis bei, mit dem Bau erst zu beginnen, wenn 2/3 der Arbeitsvergebungen abgeschlossen sind und so eine gute Kostenübersicht besteht. Ein Vorgehen nach diesen Grundsätzen und mit einer Sicherheit im Bezug auf Qualität und Kosten ist einer risikobehafteten Baubeschleunigung mit den kurzfristigen Vorteilen des planmässigen Eröffnungstermins gegenüberzustellen. Die Entscheidung des Stadtrates in dieser Situation erfolgte klar zugunsten der Sicherheit, der Qualität und der Kostenkontrolle.

5 Kostensituation

Die zeitliche Verzögerung hat keine Auswirkungen auf die Baukosten. Einsparungen für die geringeren Investitionskosten für die Glycoleisaufbereitung gegenüber Ammoniak werden kompensiert durch Mehraufwände für die Auslagerung der Technikräume in den Annexbau. Die zusätzlichen generierten Kosten der Garderoben für die Eisvereine werden durch die definitiven Zusprachen von Sport-Toto Beiträgen kompensiert.

Die Kosten für die Installation und den Betrieb des Provisoriums für eine weitere Saison belaufen sich auf rund Fr. 450'000.--. Zieht man demgegenüber das erwartete Defizit beim Betrieb der Eishalle von Fr. 100'000.-- ab, ergeben sich Mehrkosten für Installation und Betrieb von rund Fr. 350'000.--. Die Abschreibungskosten für die neue Eissportanlage fallen zulasten der städtischen Rechnung entsprechend später an.

Für die Eissportvereine verlängert sich die Übergangszeit bis zur Inbetriebnahme der Eishalle um ein Jahr. Damit sind organisatorische und auch finanzielle Nachteile für die Vereine verbunden. Allerdings steht den Vereinen mit dem Provisorium auf der Kreuzbleiche eine qualitativ gute Alternative zu günstigen Bedingungen zur Verfügung (Fr. 700.-- für eine Saisonwochenstunde). Am 19. November 2003 fand eine Besprechung zwischen dem Sportamt, dem Hochbauamt und den Sportvereinen statt. Dabei hat das Sportamt den Vereinen zugesichert, bei der Gestaltung des Belegungsplanes im Winter 04 / 05 die dannzumaligen aktuellen Bedürfnisse soweit möglich zu berücksichtigen.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Verschiebung der Eröffnung der neuen Eissportanlage eine Folge von Erschwernissen im Bewilligungsverfahren ist. Die Verzögerungen können entgegen den ursprünglichen Hoffnungen nicht mehr aufgeholt werden. Wenn auch momentan Verärgerung und Enttäuschung überwiegen - nach einer langen Vorgeschichte mit vielen schwierigen Phasen wird in knapp zwei Jahren die Eishalle eröffnet wer-



den. Die Verantwortlichen von Seiten der Stadt und der beteiligten Unternehmen werden alles daran setzen, für die Bevölkerung eine attraktive und betrieblich optimale Anlage nun termin- und kostengerecht fertig zu stellen.

Auf Antrag der Bauverwaltung beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Die Vorsteherin der Bauverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Beilagen:

Interpellation Gallus Kappler

Interpellation Stephan Braun und Robert Guggenbühl

Protokollauszug:

Bauverwaltung (4)

Finanzverwaltung (3)

